

# Riesauer Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

## Amtsblatt

für die Amtshauptmannschaft Großenhain, das Amtsgericht und den Rat der Stadt Riesa, sowie den Gemeinderat Gröbna.

Nr. 149.

Mittwoch, 30. Juni 1920, abends.

73. Jahrg.

Das Riesauer Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, monatlich 4.— Mark ohne Zustellgebühr, bei Abholung am Postamt monatlich 4.10 Mark ohne Postgebühr. Anzeigen für die Nummer des Ausgabebetages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Preis für die 4. Spalte 1.10 Mark, 5. Spalte 1.— Mark; zeitraumüber und tabellarischer Satz 30%, Kufsalag, Nachweilung und Veranschaulichung 30%. Beste Tarife. Bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfallen, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Verzehnjährige Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe“. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Verleger oder der Beförderungsanstalten — hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Sanger & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Weststraße 39. Verantwortlich für Redaktion: Arthur Hähnel, Riesa; für Anzeigentel: Wilhelm Dietrich, Riesa.

Nach Erfüllung des Lieferungslofs wird die in § 4 der Sächsischen Ausführungsbestimmungen vom 14. Januar 1920 zu der Bekanntmachung des Reichswirtschaftsministers über die Anforderung von Tieren zur Erfüllung des Friedensvertrages vom 2. Dezember 1919 — R.W. S. 1938 und Nr. 13 der Sächs. Staatszeitung vom 17. Januar 1920 — angeordnete Beschlagnahme bezüglich der Riegen aufgehoben. Dresden, am 18. Juni 1920.

1587 V L 1  
2793

### Fleischversorgung in der Woche vom 28. Juni—4. Juli 1920.

Auf die Reichsfleischkarte Reihe V erhalten auf die Marken 1—10 bezw. 1—5 Personen über 6 Jahre bis 180 gr Rind- oder Kalbfleisch mit eingewachsenen Knochen oder Knochenbeilage, Personen unter 6 Jahre bis 90 gr Rind- oder Kalbfleisch mit eingewachsenen Knochen oder Knochenbeilage.

Der Preis beträgt bei:  
Rindfleisch mit eingewachsenen Knochen oder Knochenbeilage 10.25 Mf. } für das Pfund.  
Kalbfleisch 10.40 Mf. }  
Großenhain, am 29. Juni 1920.  
580 c Z.

### Lebensmittelverteilung.

1. auf Abschnitt 133 der grauen und gelben Nährmittelfarte I 250 gr Erbsen,
  2. auf Abschnitt 133 der roten und grünen Nährmittelfarte I 250 gr Okerflocken.
- Die Entnahme hat bis spätestens den 7. Juli zu erfolgen.  
Der Preis beträgt für:

Erbsen 1.80 Mf. je Pfd.  
Okerflocken 2.80 „ je Pfd.

Großenhain, am 28. Juni 1920.  
843 a III.

Nachdem die Bewirtschaftung der Marmelade aufgehoben worden ist, kommen zuckerhaltige Brotbackmittel allgemein nicht mehr zur Verteilung. Diernach sind die bereits

in den Händen der Verbraucher befindlichen Warenbesagarten III (IIa) mit den Abschnitten 109—118 gegenstandslos geworden, sie werden deshalb hiermit für ungültig erklärt.

Die Abschnitte 106—108 der noch laufenden gelben Warenbesagarten III werden voraussichtlich noch mit Ruckstücken beliefert. Diese Karten sind deshalb auch weiterhin sorgfältig aufzubewahren.

Großenhain, am 28. Juni 1920.

933 b III. Der Kommunalverband.

Die mit der Bekanntmachung des Kommunalverbandes vom 28. April d. J. verfügte Schließung des Betriebes des Stromschleifwerks Oskar Ittke in Gröbna wird mit Wirkung ab 1. Juli d. J. wieder aufgehoben.

Großenhain, am 25. Juni 1920.

772 a I. Der Kommunalverband.

### Verbot des Fußballspiels auf den öffentlichen Wegen, Straßen und Plätzen.

Es mehren sich die Klagen und Anzeigen wegen Fußballspiels seitens der Jugend auf den öffentlichen Wegen, Straßen und Plätzen der Gemeinde. Dieser Unfug ist nicht nur eine Belästigung der Anwohner, sondern auch eine Gefährdung des Eigentums und des Verkehrs.

Es wird deshalb hiermit alles Fußballspielen auf den öffentlichen Wegen, Straßen und Plätzen der Gemeinde ausdrücklich verboten und darauf aufmerksam gemacht, daß gegen Zuwiderhandelnde unmissverständlich mit den o. g. Strafmahnahmen eingeschritten werden wird. Nicht unerwähnt soll bleiben, daß Eltern für eventuelle Schäden ihrer Kinder haftbar sind.

Welda bei Riesa, am 26. Juni 1920.

Der Gemeindevorstand.

### Bezirksarbeitsnachweis Großenhain, Nebenstelle Riesa.

Kaiser-Franz-Joseph-Straße Nr. 17, Tel. Nr. 40.  
Offene Stellen für: 5 Zimmerleute, 1 Maurer, 1 landw. Scholar bis 18 Jahr, mehrere Burschen 14—16 Jahr zur Landw., Dien- und Hausmädchen, ldm. Dien- und Hausmädchen, 1 Wirtschaftsprüfer für Gut als Stütze der Gutsherrin nicht unter 25 Jahre, 1 Wirtschaftsprüfer über 20 Jahre mit landw. Schulbildung, 1 Küchenmädchen für Restaurant (Kaffeehaus), 1 fernendes Fräulein für Häfett, 1 Haus- und Wirtschaftsmädchen mit Familienanschluss für Landwirtschaft.

### Die Probe auf Fehrenbachs Exempel.

Der erste tüchtige Wurf des neuen Reichstanzlers Fehrenbach scheint gelungen zu sein. Die Aufnahme seines Ministeriums und seines Regierungsprogramms im Reichstag und in der Reichsversammlung war so günstig, wie es unter den außerordentlich schwierigen Verhältnissen eben noch erwartet werden konnte. Einzelne der neuen Minister sind zwar scharf von der Kritik mitgenommen worden, aber das Ministerium im ganzen hat doch keinerlei Angriffe ertragen. Auch das vorgetragene Regierungsprogramm mit seinem starken demokratischen Einschlag und das ethische Pathos des Reichstanzlers haben selbst in den Oppositionsparteien gut gewirkt.

Aber noch steht die erste Probe auf das Exempel Fehrenbachs aus. Die politische Aussprache, die sich am 28. Juni im Reichstag abspielte, war ein sehr wichtiger Moment. Die Parteien, welche in der Regierung vertreten sind, die Mehrheit, so wäre die Formulierung und Durchsetzung des Vertrauensvotums eine sehr einfache Sache. Man würde sich dann sehr leicht auf eine Resolution einigen, die glatt und unüberlänglich das Vertrauen dieser Parteien zur Regierung und ihrem Programm ausdrückt. Aber das Kabinett Fehrenbachs stößt sich auf die Mittelpartei, die zusammen im Reichstag nur eine Minderheit hinter sich haben. Soll also die Zustimmung einer ungewissen Mehrheit im Reichstag erzielt werden, so müssen auch die Oppositionsparteien dafür gewonnen werden. Um sie aber zu gewinnen, muß die Ausarbeitung des Vertrauensvotums so geschickt und vorsichtig durchgeführt werden, daß die Oppositionsparteien mitmachen können, ohne gleichzeitig die volle Verantwortung mitzubehalten.

Diese Arbeit ist gegenwärtig hinter den Kulissen in vollem Gange. Besprechungen zwischen den Führern aller Parteien mit Ausnahme der Unabhängigen haben bereits stattgefunden und werden noch weiter fortgesetzt werden müssen. Bis jetzt steht nur fest, daß auf allen Seiten guter Wille herrscht, die neue Regierung durch eine Kundgebung am Schluß der Programmdebatte so zu stützen und zu stärken, daß sie wirklich als Beauftragte einer erheblichen Parlamentsmehrheit nach Spa gehen kann. Natürlich genügt dafür nicht etwa eine Zustimmung zum Programm der auswärtigen Politik allein. Denn damit wäre unausgesprochen ein Mißtrauen für den übrig bleibenden Teil des Regierungsprogramms kundgegeben. Auf der anderen Seite ist aber auch nicht notwendig, daß die Zustimmungserklärung gerade den Weg ein reichhaltiges Vertrauen zum ganzen Regierungsprogramm befundet. Man wird sich mit einem weitestgehenden Einverständnis begnügen können, zu den ausgesprochenen Absichten und Zielen des Reichstanzlers. Die Formel dafür muß sorgsam gewählt und möglichst von allen Parteien mit Ausnahme der Unabhängigen gutgeheißen werden.

Wenn das gelingt, so hat die neue Regierung ihre erste Feuerprobe glücklich bestanden. Dann hat sie sich auch als Minderheitsregierung mit voller Rückendeckung auf den Weg nach Spa begeben. Dort freilich wird sie eine zweite Probe zu bestehen haben, deren Bedeutung für das deutsche Volk noch wichtiger ist, als die der ersten.

Unsere Wiederaufbauarbeit in Frankreich.  
Nach authentischen Berechnungen hat Deutschland für Frankreich bereits für 8 bis 10 Milliarden Aufbauarbeit geleistet. Dafür haben die Franzosen den Hungerlohn von 20 Centimes täglich für die Beteiligung an den Wiederaufbauarbeiten zu zahlen versprochen, aber bisher noch nicht gezahlt. Hoffentlich machen die deutschen Vertreter in Spa auf diese Milliardenleistung Deutschlands mit aller Deutlichkeit aufmerksam.

### Revision des Ueberschichtenabkommens im Bergbau.

tu. Bochum, 30. Juni.  
Die Arbeitnehmerorganisationen im rheinisch-westfälischen Bergbau haben bei der Arbeitsgemeinschaft eine Revision des Ueberschichtenabkommens beantragt. Verhandlungen darüber werden Ende der Woche stattfinden. Veranlassung zu dem Antrag der Bergarbeiterorganisationen gaben die sich fortgesetzt mehrenden Klagen der Bergarbeiter, daß sie sich anerkennen müssen, die Ueberschichten in der bisherigen Weise weiter zu verfahren, wenn nicht eine baldige Besserung in der Versorgung mit Lebensmitteln eintritt. Eine Preissteigerung der Kohle „Katharina“ im Essener Bezirk sprach sich sehr scharf gegen das weitere Verbleiben von Ueberschichten aus. U. a. wurde von den Rednern gefordert, daß jeder Bergmann gebrandmarkt werden sollte, der sich jetzt noch zu Ueberschichten bereitfinde.

### Neue Lebensmitteldemonstrationen

Ein Versuch, gestern früh Lebensmittelunruhen in der Berliner Zentralmarkthalle hervorzurufen, ist durch schnelles Eingreifen der Sicherheitspolizei im Keime erstickt worden. Der Rädelstührer, der aus Hamburg stammen soll, wurde festgenommen.

Gestern mittag zog in Berlin ein Trupp von einigen Hundert Männern und Frauen, die Schilder mit der Aufschrift „Nieder mit den Lebensmittelhändlern und Bucherern“ mit sich führten, vor das Ministerium für Ernährung und Landwirtschaft. Eine Deputation wurde von Minister Hermes, der gerade eine Konferenz mit Arbeitervertretern hatte, empfangen. Der Minister erläuterte der Abordnung die Lebensmittelfrage und machte sie mit den Bestrebungen bekannt, die darauf hinführen, eine Senkung der Preise herbeizuführen. Die Deputation nahm diese Darlegungen entgegen und übermittelte sie den Demonstranten, die sich dann in aller Ruhe entfernten.

In Radolfzell im badischen Oberlande kam es gestern zu Tumulten. Als der badische Bauernverein eine Versammlung abhalten wollte, erließen eine Abordnung aus einem Zug von Radolfzell und Umgebung. Die Führer verlangten von der Bauernversammlung, daß eine weitere Steigerung der Lebensmittelpreise unter keinen Umständen mehr erfolge. Man forderte, daß dies den Arbeitern verkündet werde. Als es unterließ, stürmten die Arbeiter den Versammlungssaal und drängten die Bauern, mit denen es zum Handgemein kam, mit Gewalt hinaus, jedoch sie durch Fenster und Türen entfliehen mußten. Dabei wurden mehrere verletzt. Der Bürgermeister wurde von den radikalen Elementen schwer mißhandelt.

Wie von amtlicher Seite mitgeteilt wird, gab es in Würzburg bei den vorgesternigen Lebensmittelkrawallen zwei Tote und vier Verwundete. Ueber die Stadt ist der Kriegszustand verhängt worden.

In Berliner amtlichen Stellen liegen über die Unruhen im Reich folgende Meldungen vor: In Duisburg ist es ruhig. In Bremerhaven hat es bei Zusammenstößen zwei Tote und mehrere Verwundete gegeben. In Hamburg ist die Nacht zum Dienstag ruhig verlaufen. In Oldenburg haben die Unruhen völlig aufgehört. Auch in Heide und Gerkenmünde ist es wieder völlig ruhig. In der Stadt Oldenburg haben die Kaufleute von sich aus die Preise einer Nachprüfung unterzogen. Aus Süddeutschland wird gemeldet, daß im allgemeinen alles ruhig ist bis auf Ravensburg, wo es Zusammenstöße gegeben hat. Der Schaden auf dem Lande soll nicht erheblich sein.

Der gestrige Tag ist in Mainz im allgemeinen ruhig verlaufen. Die Vertreter der Landwirtschaft haben gegen die Befreiung von Hochzinsen für das Obk protestiert

und einen Ausbau- und Lieferungsstreik angekündigt. Die Stadt Mainz hat anlässlich der Lebensmittelkrawalle an die Reichsregierung das dringende Ersuchen gerichtet, der weiteren Verteuerung der Lebensmittel Einhalt zu tun. Ferner wird ein Abbau der Kartoffelpreise und Anpassung der Zuschläge auf manche Lebensmittel und Bedarfsartikel an den tatsächlichen Herstellungskosten verlangt.

Vorgestern abend kam es in Karlsruhe zu Unruhen. Die Polizei war machtlos. Die zu Hilfe gerufenen Kräfte griff nicht ein. Gestern vormittag forderte das Gewerkschaftsamt in Mauerbach die Zurückziehung des Militärs und der Polizei und verbürgte sich für die Sicherheit der Stadt durch eigene Ordner.

Gegenüber den in der „Kommunistischen Tagespost“ vom 25. d. M. unter der Ueberschrift: Verdrängung der Lage im Landarbeiterstreik enthaltenen Angaben über schwere Störungen der öffentlichen Ordnung in den Kreisen Lauenburg und Himmelsburg ist durch Rückfrage bei der zuständigen Dienststelle festgestellt worden, daß für den Kreis Lauenburg am 25. Juni eine tarifliche Einigung zustande gekommen ist. Die Arbeit sollte im Laufe des 26. wieder aufgenommen werden. Im Kreise Himmelsburg ist ein Tarifvertrag noch nicht zustande gekommen. Die öffentliche Sicherheit ist durch Sicherheitspolizei aus Stettin gesichert. Eine Entwaffnung der technischen Rotkräfte hat nirgends stattgefunden, dagegen sind in einzelnen Fällen von der Sicherheitspolizei entlassenen Soldaten Waffen abgenommen worden. Danach sind die Behauptungen des pommerischen Landbundes unrichtig und nur geeignet, die vorhandene Spannung zu vergrößern.

Ueber den Kreis Schlenkingen (Provinz Sachsen) ist auf Antrag des als Regierungskommissar zuständigen Oberpräsidenten der Provinz Sachsen und im Einverständnis mit dem preussischen Minister des Innern der Ausnahmezustand verhängt worden.

### Neue Streiks.

Die Reichshauptstadt scheint vor einem neuen Verzehrstreik zu stehen. Dem Bernehmen nach haben sich nicht weniger als neunzig vom Hundert der Berliner Straßenbahner für den Ausstand ausgesprochen, der schon am heutigen Mittwoch in Kraft treten soll, wenn nicht die Urlohsfrage und die Gehaltsbefreiung nach den Wünschen der Herren Straßenbahnbeamten geregelt werden. Wie es heißt, ist die Stimmung unter dem Personal „sehr gereizt“ und man will der Direktion „keine Zugeständnisse“ machen.

Die kaufmännischen und technischen Angehörigen der Elektrowerke A.-G. in Golpa-Ischnowitz sind in den Ausstand getreten, weil ihnen die Zahlung einer Leistungsprämie von der Direktion mehrmals verweigert wurde. Nachdem die Angehörigen in den Ausstand getreten sind, hat die Direktion auch die Arbeiter der Grube Golpa entlassen unter Berufung auf die bergbaupolizeiliche Bestimmung, wonach die Arbeiter ohne Betriebsführer im Bergbau nicht tätig sein dürfen. Nur die Notstandsarbeiten werden aufrechterhalten. Im Kraftwerk Ischnowitz ruht der gesamte Betrieb mit Ausnahme des eigenen Betriebs zur Licht- und Wasserversorgung für Ischnowitz-Golpa und Pieskeritz. Die verbleibende, erhält aus Berlin keinen Strom. Infolge Strommangels wird in Pieskeritz der Betrieb nicht aufrechterhalten werden können. Die Belegschaften der Werke haben sich mit den Angehörigen solidarisch erklärt.

### Generalstreik in Dänisch.

Am letzten Sonnabend ist in Dänisch der Kommunisten Bund am Sprechen verhandelt und mißhandelt worden. Die Prager „Abendzeitung“ meldet, daß seit gestern in Dänisch, Brünn und Glatz zum Protest dagegen gestreikt wird. In Dänisch traf eine Deputation aus Glatz ein, die von Regionsoberbesen die sofortige Demobilisierung der Dänischen